

Führung und Orientierung 14.06.2010



BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Vor dem heutigen Treffen der deutschen Kanzlerin mit dem Staatspräsidenten Frankreichs sorgt das Berliner Milliarden-Sparprogramm für Streit in Paris. Zwar setzt die französische Regierung ihre Proteste gegen die deutsche Austeritätspolitik fort, die Europa ökonomisch vollends aus dem Gleichgewicht zu bringen droht. Französische Kritiker äußern wütend, Berlin wolle wohl ein "Heiliges Germanisches Euroreich" errichten. Zugleich nehmen Stimmen zu, die warnen, Frankreich werde sich dem deutschen Spardiktat nicht länger entziehen können. Auch Nicolas Sarkozy müsse sich voraussichtlich Berlin beugen, heißt es unter hochrangigen Politikern der Präsidentenpartei. Beobachter beschreiben die Atmosphäre in der EU als "bleiern", warnen vor wachsenden Spannungen und sehen Deutschland in der Union "isoliert". Befürworter einer auch in Zukunft fortdauernden EU-Integration mahnen eine stärkere Kooperation mit Frankreich an und plädieren dafür, diese vor allem auf dem Feld der Außen- und Militärpolitik zu intensivieren. Deutschland, heißt es, müsse "Führungsbereitschaft in Europa auf allen Gebieten" demonstrieren.

Eklat

Das heutige Treffen der deutschen Kanzlerin mit dem Staatspräsidenten Frankreichs folgt einem ernsthaften diplomatischen Eklat. Bereits für letzten Montag hatte Angela Merkel Nicolas Sarkozy nach Berlin geladen, um über die europäische Wirtschaftspolitik zu sprechen. Wenige Stunden vor dem geplanten Beginn sagte die Bundesregierung diese Zusammenkunft ab. Hintergrund war, dass am selben Tag in der deutschen Hauptstadt das milliardenschwere Sparpaket verkündet wurde; mit Protest von Sarkozy, der seit je vor einem Abwürgen des beginnenden Aufschwungs warnt, war zu rechnen. Die ungewöhnlich kurzfristige Absage hat in Paris für schwere Verstimmung gesorgt. Am heutigen Montag soll das Treffen nachgeholt werden.

Das Sparpaket

Der französische Unmut über die deutsche Austeritätspolitik, der angesichts der Verabschiedung des neuen Sparpaketes eskaliert, hält schon seit geraumer Zeit an. Ursache ist, dass die Bundesrepublik in den letzten Jahren mit drastischen Einsparungen bei Gehältern und Sozialleistungen die Produkte der deutschen Industrie im Vergleich zu den Nachbarstaaten verbilligt und damit ihre Ausfuhren stark ausgeweitet hat. Ein beträchtlicher Teil davon geht in Staaten der Eurozone, die der deutschen Sparpolitik bislang nicht gefolgt sind und den Konsum der deutschen Exporte finanzieren - freilich um den Preis eines wachsenden Außenhandelsdefizits gegenüber Deutschland sowie zunehmender Staatsverschuldung. Erstes Opfer dieses Prozesses ist Griechenland. Ökonomen warnen schon seit langem, das durch die deutsche Austeritätspolitik verursachte Auseinanderklaffen der Ökonomien innerhalb der Eurozone drohe zum Kollaps vor allem der südeuropäischen Nationalökonomien zu führen (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Insbesondere Paris verlangt seit geraumer Zeit, Berlin müsse den deutschen Konsum ankurbeln, um auch etwas zum Wirtschaftswachstum in der EU beizutragen. Die Bundesregierung weigert sich konsequent - und hat jetzt mit dem aktuellen Sparpaket die französischen Forderungen endgültig zurückgewiesen.

Heiliges Germanisches Euroreich

Herrschte in Paris zunächst schwerer Ärger über den deutschen Affront, zeichnet sich nun interner Streit ab. Bereits im Mai hatte ein Kritiker geäußert, Berlin ziele mit seiner Austeritätspolitik auf ein "Heiliges Germanisches Euroreich" ab. Konkurrerende wirtschaftspolitische Auffassungen hätten darin keinen Platz.[2] Nach der Verkündung des deutschen Sparpakets teilten Regierungspolitiker aus Paris zunächst mit, sie würden sich von den deutschen Maßnahmen nicht beeinflussen lassen. Inzwischen heißt es auch unter führenden Kräften der Präsidentenpartei, Frankreich werde sich in seiner Haushaltspolitik dem deutschen Spardiktat wohl nicht mehr lange entziehen können; selbst Staatspräsident Sarkozy werde nicht umhin können, sich Berlin zu beugen, befürchtet etwa der französische Ministerpräsident. Beobachter verweisen darauf, dass Frankreich bereits jetzt höhere Risikoauflagen an den Kapitalmärkten hinnehmen muss.[3]

Der Machtkampf zwischen Berlin und Paris wird am heutigen Montag in der deutschen Hauptstadt fortgesetzt.

Europa fällt auseinander

Die wachsenden Spannungen in der EU, die nicht zuletzt durch das deutsche Spardiktat verursacht werden, werden von Beobachtern mit Sorge registriert. "Europa fehlt der Schlichter", heißt es etwa in der Wirtschaftspresse; die Atmosphäre in der EU sei momentan "bleiern", man habe sich derzeit "wenig zu sagen".[4] In einem Kommentar der Wochenzeitung "Die Zeit" heißt es, im Rahmen der Euro-Krise sei "eine alte Problematik der deutschen Außenpolitik wieder aufgebrochen" [5]: "Bei internationalen Konferenzen ist Deutschland plötzlich isoliert." Diese Entwicklung gehe mit einer Reihe "beunruhigende(r) Prozesse" in mehreren europäischen Staaten einher. So orientierten sich Großbritannien und Polen seit einiger Zeit schwerpunktmäßig an den USA. Skandinavien tendiere "mentalitätsmäßig und aus historischen Gründen ebenfalls in Richtung angelsächsische Welt". Vor allem jedoch sei das Auseinanderdriften zwischen Berlin und Paris "besorgniserregend": "Europa fällt auseinander."

Selbstisolation

Setzen sich die aktuellen Entwicklungen fort, dann werde sich in Europa "über kurz oder lang eine Mittelmeerunion mit Spanien, Portugal, Frankreich und Italien herausbilden", die bereits während der letzten EU-Krisengipfel erkennbar gewesen sei, urteilt der Autor. Deutschland könne in einem solchen Fall nur auf die Türkei und Russland als Partner zurückgreifen; das sei aber viel zu wenig, zumal den historischen Erfahrungen zufolge "eine zu enge Partnerschaft mit Russland (...) für die freiheitliche Entwicklung Deutschlands immer schädlich gewesen" sei. Der Autor, der eine auch künftig andauernde EU-Integration befürwortet, resümiert: "Es droht eine Selbstisolation." [6]

Führungsbereitschaft in Europa

Als Ausweg rät der Autor, der lange als Mitglied der Chefredaktion bei "DeutschlandRadio Kultur" tätig war, zu einer stärkeren deutschen Dominanz innerhalb der EU. "Nur der Solidaritätsverbund des Westens, gekoppelt mit deutscher Führungsbereitschaft in Europa auf allen Gebieten, verspricht eine Linderung der Schmerzen", heißt es in dem Artikel. Dies müsse ganz ausdrücklich auch für die Militärpolitik gelten. Deutschland handele derzeit leider "außen- und sicherheitspolitisch kraftlos". Beispielsweise habe "die unglückliche Entscheidung, dem Parlament die Hauptverantwortung für militärische Einsätze zuzuschieben", "zum gleichen Abstimmungschaos wie in der Innenpolitik" geführt. Rücksichtnahme auf die Mehrheitsmeinung, die sich etwa im Fall Afghanistans klar gegen die Berliner Militärpolitik ausspricht, sei fehl am Platz: "Alle großen Richtungsentscheidungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit 1949" seien "aus einer anfänglichen Position der Minderheit" in Angriff genommen worden. Der Autor plädiert für eine viel offensivere deutsche Außen- und Militärpolitik im Rahmen der EU, um damit die europäischen Kohäsionskräfte zu stärken, und verlangt von der Bundesregierung sowohl im Inland als auch auf europäischer Ebene vor allem eines: "Führung und Orientierung". [7]

[1] s. dazu [Das Ende der Souveränität \(II\)](#) , [Sparen für Deutschland](#) , [Das Undenkbare denken](#) und [Unter ökonomischem Protektorat](#)

[2] Merkel rêve du saint empire euro germanique; Libération 21.05.2010

[3] Sarkozy: Sparen führt in Rezession; Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.06.2010

[4] Stolz und trotzig; WirtschaftsWoche 14.06.2010

[5], [6], [7] Berlins Außenpolitik ist kraft- und ziellos; Zeit Online 03.06.2010

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com